Nr. 568. 41. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Mittwoch, 6. November 1912

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Präsident Wilson.

Ξ New-York, 6. November. (Privatkabeltelegramm.) Der Demokrat Woodrow Wilson ist mit unerwartet großer Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden.

J. S. Wäre nicht der Balkankrieg, man würde wohl überall die Entscheidung, die das amerikanische Volk gestern gefällt hat, als den bedeutendsten außenpolitischen Vorgang des zu Ende gehenden Jahres buchen. Die große Mehrheit der 531 Elektoren, die am 8. Januar zur Präsidentenwahl in Washington zusammentreten, ist von der Nation beauftragt worden, den Kandidaten der demokratischen Partei zu wählen. Daher wird am 4. März Dr. Woodrow Wilson, der bisherige Gouverneur des Staates New-Jersey, ins Weiße Haus einziehen. Er wird mit einer verstärkten demokratischen Mehrheit des Repräsentantenhauses und wahrscheinlich auch einem demokratischen Senate regieren. Die ganze innere und äußere Politik der Union wird, wenn Wilson Wort hält, mehr oder weniger „umgekrempelt" werden. Dies ist ein für das Ausland, auch für Deutschland, nicht gleichgültiges Ereignis.

Wenn Wilson Wort hält, das heißt: wenn er sein schönes Programm in die Tat umsetzen wird. Der Skeptizismus regt sich natürlich bei allen, die die Geschichte der amerikanischen Politik in den letzten Jahrzehnten verfolgt haben. Die leitenden Staatsmänner waren immer mehr oder weniger die Wachspuppen stärkerer Gewalten, der Plutokratie, der Trusts. Stark in der Handhabung des geschriebenen Rechts, wie Taft, aber schwach in der Verhütung des Unrechts, groß in Worten und Botschaften, in Programmen und Verheißungen, wie Roosevelt, aber klein in Taten. Diesmal aber soll es anders werden. Das amerikanische Volk glaubt daran; es glaubt Wilson. Daher der Landrutsch, der die republikanische Partei den Besitz so vieler Staaten, ir denen sie bisher die sichere Mehrheit hatte, gekostet hat. Von diesem Theoretiker, diesem Professor der Princeton-Universität, der eine sechsbändige Geschichte seines Vaterlandes geschrieben hat, erwartet das „praktischste" Volk der Erde, daß er endlich die Reformen, die ihm so not tun, verwirklichen werde. Wilson ist keine die Massen fortreißende Persönlichkeit, aber ein Politiker, der überall den Eindruck weckt, daß er der Mann ist, „den wir brauchen", kein faszinierender Redner, aber ein überzeugender, ein Mann, in dem der Wille zur Tat ist.

Das amerikanische Volk will, daß die Macht der Trusts und Monopole gebrochen wird. Es hat eingesehen, daß der Hochschutzzoll die besten Kräfte des Volkes zerstört, daß fast alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Uebel, an denen seine innere Entwicklung krankt, aus dieser einen trüben Quelle fließen. Es hat sich darum zu dem Entschlusse aufgerafft, daß an dieser einen Stelle der Hebel angesetzt werden muß. Darum ist Taft so schmählich unterlegen, der Schöpfer des Payne-Aldrich-Tarifs, der der republikanischen Partei den Boden unter den Füßen wegzog. Darum hat auch Roosevelt weit weniger Staaten, weit weniger Stimmen, als selbst seine Gegner annahmen, erhalten. Er bot ein wirklich verlockendes Programm konstitutioneller und sozialpolitischer Reformen und suchte Wilson durch Radikalismus zu übertrumpfen. Aber Wilsons Programm ist konsequenter und ehrlicher: es schafft zuerst die wirtschaftlichen Voraussetzungen der erstrebten Reformen durch den Abbau der Zollmauer, hinter der die von Roosevelt mit Worten so heftig bekämpften Plünderer des Volkes verschanzt sind.

Das wird nicht von heute auf morgen geschehen, aber doch, zum erstenmal nach dem gestrigen Plebiszit, in viel energischerer Art, als die Trustgewaltigen, die lange Zeit so stattliche Beiträge an den Wahlfonds ihrer offenen und heimlichen Freunde geleistet haben, sich träumen ließen. Wall Street mag vorübergehend ein verdrießliches Gesicht zeigen, das Ganze des Volkswohlstandes und der Volkswirtschaft wird davon dauernden Vorteil haben. Das ist eine Entwickelung, die man auch im Auslande aufs lebhafteste begrüßen muß. Gerade in Deutschland. Die Rückkehr zu einer liberaleren Handelspolitik in den Vereinigten Staaten wird selbstverständlich für unseren Handel und unsere Industrie von erfreulichsten Folgen sein, sie eröffnet uns auch die Aussicht auf das Zustandekommen eines dauernden und gerechten Handelsvertragsverhältnisses mit der Union, nach dem wir so lange vergeblich seufzten. Aber noch mehr: das amerikanische Beispiel wird vermutlich bald seine Rückwirkung auf Europa äußern, und man wird hoffen dürfen, das Ende der protektionistischen Hochflut nahen zu sehen.

Die demokratische Partei, der sehr daran liegen muß, die Volksgunst diesmal dauernd zu gewinnen, damit nicht die Präsidentschaft Wilsons nur ein Seitenstück zur „Episode Cleveland" werde, wird weiter ihre ganze Kraft an die Durchführung dieses inneren Reformwerkes setzen. Von Abenteuern in der äußeren Politik wird sie sich fernhalten. Angeblich soll Bryan neuer Staatssekretär des Aeußern werden. Das wäre eine deutliche Absage an den Imperialismus und Panamerikanismus. Man wird darin schwerlich übertreiben, eine Umkehr ist kaum mehr möglich. Aber in den Flottenbestimmungen, in der Vertretung der Monroedoktrin sind Beschränkung und ruhigeres Tempo zu erwarten. Man will keine Schlappen à la Knox mehr erleben.

Nach mehr als halbhundertjähriger Pause hat die demokratische Partei wieder die Herrschaft in der Union angetreten, mit dem besten Mann an der Spitze, der ihr zur Verfügung stand, mit einem Programm, das die besten demokratischen Traditionen aufrechthält. Man darf ruhig aussprechen, daß das Vertrauen der großen Mehrheit der Amerikaner, die Aera Wilson werde eine Periode wirklichen Fortschritts werden, bis auf weiteres auch im Auslande geteilt wird.

(Siehe das Privat-Kabeltelegramm auf Seite 4.)

Der geordnete Rückzug der Türken.

Neues Vermittelungsgesuch der Pforte.

Die Pforte, die zuerst von der französischen Regierung eine Intervention mit nachhelfendem Druck auf die Balkanstaaten erbeten hatte, ist jetzt, nach dem Scheitern dieses Schrittes, mit einem neuen Gesuch an Frankreich herangetreten. Obgleich man den genauen Wortlaut oder Inhalt des den anderen Regierungen übermittelten Friedensgesuches bisher nicht kennt, muß man annehmen, daß auch das zweite an Frankreich gerichtete Gesuch wieder eine besondere Fassung hat. Denn mit diesem Gesuch, das die Herbeiführung einer Kollektivmediation wünscht, ist zugleich eine Bitte um Festsetzung der Friedensbedingungen" verbunden. Hier ist also anscheinend bereits ein gewisses Eingehen auf die Antwort der russischen Regierung erkennbar, die für die vermittelnden Großmächte „plein pouvoir" verlangt. Natürlich behält sich die Pforte vor, die Friedensbedingungen anzunehmen oder abzulehnen, und ebenso natürlich werden die Balkanstaaten keinen Waffenstillstand schließen, bevor ihre Bedingungen nicht angenommen sind. Daß die Türkei bereits geneigt sein sollte, diese Bedingungen ohne jedes Feilschen zu unterschreiben, ist wenig wahrscheinlich. Und es kann dabei auch ins Gewicht fallen, daß — wie aus der nachstehenden Depesche unseres vom Schlachtfeld vorübergehend nach Konstantinopel zurückgekehrten Kriegskorrespondenten Major z. D. Zwenger sich deutlich ergibt — die Schlacht in der Ebene von Lüle-Burgas eigentlich von den Türken gewonnen war, daß der türkische Rückzug nicht wieder, wie die bulgarischen Meldungen behaupteten, in eine regellose Flucht ausartete, und daß die türkische Armee anscheinend die Tschataldschalinie in guter Ordnung erreicht. Trotz alledem wird wohl, wenn auch nicht sofort, eine Einigung schließlich erzielt werden. Die an die Mächte gerichtete Bitte, die Friedensbedingungen festzusetzen, läßt jetzt wenigstens ein Verhandeln auf einer festen Basis zu.

* * *

Der türkische Rückmarsch.

Die durch die Waffen gewonnene und durch Verpflegungsmangel verlorene Schlacht. — Die Aufstellung an der Tschataldschalinie.

(Telegramm unseres zur türkischen Armee entsandten Spezialkorrespondenten.)

Konstantinopel-Constanza, aufgegeben an Bord des rumänischen Dampfers „Imperatul", 5. November, 11 Uhr 30 Min. abends.

Die Schlacht zwischen den beiden Armeen endete erst am 3. November morgens. Die Türken waren in der Schlacht selbst (entgegen den bulgarischen Nachrichten. Die Redaktion) siegreich gewesen. Am 2. November führte Mukhtar Pascha den rechten Flügel der türkischen Armee von Sarai aus gegen Bunar-Hissar. Er stellte sich an die Spitze von zwei Bataillonen und nahm mit stürmender Hand zwei bulgarische Batterien. Die Türken biwakierten in der genommenen Stellung. Während der Nacht regnete es unaufhörlich. Der Regen und vor allem der Hunger — denn seit Tagen mangelte die Verpflegung — demoralisierten die siegreichen türkischen Truppen. In der Nacht brödelten immer größere Teile ab, so daß Rasim Pascha sich am Morgen gezwungen sah, den Befehl zum Rückzug der gesamten Armee zu geben. Die Armee marschiert in drei Kolonnen auf die Tschataldschalinie zurück. Die linke Kolonne marschiert links von Tscherkeßköj, die mittlere über Tscherkeßköj, die rechte weiter rechts von der Bahnlinie. Der Rückzug vollzog sich in Ordnung, da die Bulgaren nicht nachdrangen. Die Wege sind durch den letzten Regen und durch die vielen Transporte im denkbar schlechtesten Zustand. Dadurch wird den Bulgaren das Vorbringen von schwerem Geschütz sehr erschwert und der Beginn der neuen Kampfphase wird wesentlich hinausgeschoben. Das Große Hauptquartier der Türken sowie das Hauptquartier der Oktarmee sind nach Marenköj verlegt worden. Die Tschataldschalinie wird mit schwerem Geschütz bestückt. Es treffen dort noch vier Divisionen aus Syrien und drei aus Anatolien zur Verstärkung ein.

Major z. D. Eugen Zwenger.

Der serbische Marsch zur Adria und nach Saloniki.

(Telegramm unseres zur serbischen Armee entsandten Spezialkorrespondenten.)

pers. Semlin, 6. November 8 Uhr 30 Min. morgens.

Am Sonntag zog General Jankowitsch mit Teilen der Raschkaarmee nach Westen, um zur Adria, nach Dumzzo, vorzudringen. Ich hatte das schon zu telegraphieren versucht, aber diese Worte waren nur gestrichen worden. Es ist klar, daß Serbien vor dem Friedensschluß möglichst viel Gebiet und vor allem den Platz am Meer besetzt zu haben wünscht. Die Hauptarmee geht nach Saloniki. Man meint, daß noch in dieser Woche Saloniki in serbischen Händen sein wird. (Falls die griechische Konkurrenz nicht zuvorkommt. Die Redaktion.) Die Türken haben jeden Widerstand aufgegeben, nur die Albanier werden Jankowitsch und seinen Truppen das Leben schwer machen.

Die Befürchtungen der Europäer in Konstantinopel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

G. C. Constanza, 6. November.

Der heute früh aus Konstantinopel eingetroffene rumänische Postdampfer brachte viele flüchtige Europäerfamilien mit, welche die türkische Hauptstadt aus Furcht vor einem Massaker verlassen haben. Die Leute berichten, daß ein Teil der Fremdenkolonien in Konstantinopel seit einiger Zeit von einer wahren Panik erfaßt seien. Besondere Angst soll in den österreichischen Kreisen herrschen. Der Botschafter hat, wie es heißt, die Kolonie gewarnt und ihr empfohlen, Frauen und Kinder auf die Schiffe in Sicherheit zu bringen. Der am Kai von Galata liegende Lloyddampfer „Salzburg" ist voll von Flüchtlingen, darunter Waisenkinder mit Schwestern. Das Waisenhaus der österreichischen Schule wurde, wie es heißt, geschlossen. Tatsächlich war die Ruhe in Konstantinopel bis Montag in keiner Weise gestört worden, doch beweisen gewisse Anzeichen bedenkliche Tendenzen eines Teiles der mohammedanischen Bevölkerung. Sonnabend wurden in Konstantinopel sechzehn vom Unteroffizier aufgerückte Offiziere gefesselt eingebracht, die den Soldaten gesagt hatten, es sei unnötig sein Leben zu opfern, da die Regierung das Land an die Christen verkauft habe. Sonntag nachmittag wurden mehrere Softas und kurdische Hamale, die Drohungen gegen Christen ausgestoßen hatten, von Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonett nach dem Gefängnis gebracht. Sonntag abend nach 11 Uhr soll in der Asa Sofia ein Meeting von mohammedanischen Fanatikern stattgefunden haben, auf dem angeblich beraten wurde, wie ein Christenmassaker auszuführen wäre. Die in Stambul wohnenden Christen teilen dagegen die Massakerfurcht vieler Fremden nicht, und Kenner des Landes erklären fortgesetzt, die Angst sei unbegründet. Allgemein wird allerdings Unheil, besonders Plünderung befürchtet für den Fall, daß die geschlagene und demoralisierte Ostarmee flüchtend nach der Hauptstadt zurückkehrt. Die Beorderung der fremden Kreuzer nach Konstantinopel wurde daher von den Europäern freudig begrüßt.

Ein neues Vermittelungsgesuch der Türkei.

Nachdem die französische Regierung das an sie gerichtete Spezialgesuch der Pforte abgelehnt, überreichte der türkische Botschafter in Paris ein neues Gesuch, das auch die Bitte um Festsetzung der Friedensbedingungen enthält.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA Paris, 6. November.

Der türkische Botschafter in Paris, Rifaat Pascha, sprach gestern abend um 6 Uhr bei Herrn Poincaré vor und überreichte ihm ein offizielles türkisches Gesuch um eine europäische Mediation. Diese Depesche Noradunghian Effendis hat folgenden Wortlaut: **„Die türkische Regierung bittet die Großmächte um eine Kollektivvermittlung, um ein sofortiges Ende der Feindseligkeiten herbeizuführen und die Friedensbedingungen festzusetzen."** Herr Poincaré beeilte sich, dem „Matin" zufolge, dem türkischen Botschafter zu erwidern, daß dieses Vermittlungsgesuch jeden Gedanken eines Druckes auf einen der kriegführenden Teile ausschließe. Er fügte hinzu, daß die Mächte nur dann mit ihrem Mediationsversuch beginnen könnten, wenn die beiden kriegführenden Teile dieses Verfahren angenommen hätten. Der französische Ministerpräsident telegraphierte an alle französischen Botschafter in Europa und ließ durch sie erklären, daß Frankreich bereit sei, über dieses neue türkische Gesuch zu unterhandeln. Im Laufe des späten Abends fand dann noch ein Ministerrat statt. Hier überwiegt die Auffassung, daß die Mächte sich über eine Vermittlung einigen werden. In ihrer Antwort auf den verunglückten Poincaréschen Vorschlag haben alle Mächte die Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich einer Vermittlungsaktion anzuschließen. Weniger sicher ist man, ob die Balkanstaaten sich dem Vermittlungsgedanken anbequemen werden. „Petit Parisien" läßt sich eine Erklärung melden, die sein Belgrader Vertreter von einem hohen Beamten des serbischen Ministeriums des Aeußern erhielt. Diese Erklärung lautet: „Wir werden keine europäische Mediation annehmen, wenn wir nicht die hauptsächlichsten Friedensbedingungen kennen. Die vier Verbündeten sind sich darüber vollkommen einig. Trotz der Gerüchte, die durch Freunde Oesterreichs in den politischen Kreisen und in der Belgrader Presse in Umlauf gesetzt wurden, denken wir an kein spezielles Abkommen mit Oesterreich-Ungarn. Wir wollen zuerst den Krieg beenden und die Früchte unseres Sieges ernten, dann wollen wir die Bande der Balkanföderation, die schon so großartige Resultate gebracht hat, enger ziehen. Die Regelung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Europa wird zu ihrer Zeit kommen, aber später." Etwas zurückhaltender klingt, was der Präsident der Sobranje, Herr Danew, dem Korrespondenten des „Matin" in